

> Berlin aktuell

von Ingbert Liebing

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

nach den Terroranschlägen in Paris sind unsere Gedanken in diesen Tagen bei den Familien der Getöteten und den Verletzten. Ziel der Angriffe waren aber nicht nur die Menschen vor Ort, diese Anschläge waren gerichtet gegen unsere Freiheit, unsere Werte, unseren Lebensstil, gegen unsere westliche Gesellschaft. Wir werden unsere französischen Freunde unterstützen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger steht dabei an erster Stelle. Die Union unterstützt nachdrücklich unsere Sicherheitsbehörden. Wir brauchen unsere Nachrichtendienste mehr denn je. Gut und richtig ist es, dass wir beschlossen haben, unsere aktuell besonders geforderten Sicherheitsbehörden, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und die Dienste, finanziell deutlich besser auszustatten. Die Koordination und der Austausch der europäischen Sicherheitsbehörde sind überlebensnotwendig. Aber auch die Bundeswehr ist jetzt gefordert. Ich habe im Bundestag dem Syrien-Mandat für die Bundeswehr zugestimmt. Mit dem Militäreinsatz wird zwar das Problem „Islamischer Staat“ nicht gelöst, aber vor einer Lösung ist es notwendig, einer weiteren Ausdehnung des terroristischen IS mit Militärgewalt entgegenzutreten. Der Einsatz geschieht auf der Basis von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates und im Rahmen der Bündnissolidarität mit Frankreich. Niemand freut sich auf diesen Einsatz – aber er ist auch im Interesse unserer eigenen Sicherheit.

Am 22. November 2015 gratulierten wir unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu zehn Jahren Kanzlerschaft. Mit Angela Merkel als Regierungschefin geht es Deutschland gut. Aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist unser Land gestärkt herausgekommen. Die europäische Staatsschuldenkrise hat uns viel abverlangt, aber es ist durch das beharrliche Eintreten der Bundeskanzlerin für unser Prinzip „Solidarität nur gegen Solidität“ gelungen, mehr Stabilität in der Eurozone durchzusetzen.

Deutschland steht erfolgreich da. Noch nie waren so viele Menschen in unserem Land beschäftigt, die Arbeitslosenzahl ist auf einem Tiefstand, die Wirtschaft ist robust, die Investitionen in Bildung und Forschung steigen stetig, der



Haushalt wurde erneut mit einer schwarzen Null verabschiedet.

Auch auf internationalem Parkett ist Angela Merkel geachtet und respektiert, in Deutschland setzen die Menschen großes Vertrauen in die Kanzlerin.

Die Flüchtlingskrise steht nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung der Politik. Großartig ist die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, die Dank und Anerkennung verdient. Aber wir wissen auch, dass ein weiterer Flüchtlingsstrom in der jetzigen Größenordnung kein Dauerzustand sein kann. Als CDU haben wir von Anfang an zwei Ziele verfolgt: Wir kümmern uns um diejenigen Menschen, die in Not sind und deshalb ein Bleiberecht in Deutschland haben. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Diesbezüglich hat sich die Koalition mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auf folgende Maßnahmen verständigt: Der Familiennachzug soll für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Über den genauen Personenkreis werden jetzt die Innenminister von Bund und Ländern beraten. Die Verfahren für Bewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung sollen beschleunigt werden. Dazu wird es drei bis fünf Aufnahmeeinrichtungen geben, in denen wir schnell entscheiden, wer Aussicht darauf hat, in Deutschland zu bleiben. Schließlich ist vereinbart worden, dass sich Flüchtlinge auch an den Kosten der Integrationsmaßnahmen beteiligen, etwa was die Teilnahme an Sprachkursen betrifft.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Kommunen deutlich entlastet werden. Daher wurde der

Etat zur Bewältigung der Flüchtlingskrise deutlich erhöht. Gleichzeitig arbeiten wir mit unseren Partnern in Europa daran, weitere Rahmenbedingungen zu verbessern. Mit europäischen Registrierungscentren, wie sie für Griechenland und Italien vorbereitet werden, werden wir die Verantwortung anderer EU-Staaten für eine gemeinsame EU-Asylpolitik stärken. Ziel ist, dass die Menschen aus Syrien in ihrer Heimatregion bleiben. Dafür sind wir bereit, mehr als bisher zu ihrer Versorgung vor Ort beizutragen.

Ein weiteres Thema, welches in den letzten Monaten eine zentrale Rolle gespielt hat, ist die neue gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe. Monatlang wurde hierüber zum Teil sehr emotional diskutiert. Letztendlich wurde der Antrag von Michael Brand (CDU) und Kerstin Griese (SPD) angenommen. Dies war auch der Antrag, den ich unterstützt habe, da er eine verantwortungsvolle Balance zwischen der Unterbindung der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe auf der einen Seite und der weiterhin möglichen und straffreien Begleitung der Ärzte und Verwandten auf der anderen Seite ermöglicht.

Ein freudiges Ereignis stellte in diesem Herbst das 25-jährige Bestehen der Deutschen Einheit am 3. Oktober dar. Zu diesem Anlass besuchte

Energiepolitik: Zahlreiche neue Gesetze in der Beratung

In den kommenden Monaten werden zahlreiche energiepolitische Themen meine Arbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestages bestimmen. In der vergangenen Sitzungswoche haben wir bereits ein Gesetz beschlossen, mit dem der Stromleitungsbau beschleunigt werden soll. In unserer Region an der Westküste wissen wir, wie wichtig der Netzausbau ist, um den bei uns erzeugten Strom in den Süden und Westen Deutschlands zu transportieren. Die Planungen für die 380-KV-Leitung zwischen Brunsbüttel und Niebüll verlaufen weitgehend planmäßig.

Im kommenden Jahr werden wir das EEG ändern, um die Ausschreibungen für Windkraft rechtlich umzusetzen. Die Grundsatzentscheidung ist bereits in den Koalitionsverhandlungen gefallen, dass die EEG-Vergütung nicht mehr im Gesetz selbst festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt werden soll. Jetzt wollen süddeutsche Länder eine feste Quote für sich durchsetzen. Ich habe dies frühzeitig abgelehnt.

ich zahlreiche Veranstaltungen wie etwa den Jahresempfang der CDU Schleswig-Flensburg in Schleswig, das Familienfest der CDU Nordstedt, den CDU Stand auf dem Lübecker Kartoffelfest und den Schleswig-Holstein Tag der Jungen Union in Eckernförde.

Des Weiteren fand am 13. und 14. November der KPV Kommunalkongress in Saarbrücken statt, der in diesem Jahr von einem großen Presseinteresse begleitet wurde. Bundesinnenminister de Maizière war zu Gast, als unter anderem der Beschluss „Flüchtlingsstrom drosseln – faire aber zügige Verfahren“ gefasst wurde. Bei den diesjährigen Vorstandswahlen wurde ich in meinem Amt als Bundesvorsitzender der KPV mit 99,33% wiedergewählt – ein großartiger Vertrauensbeweis, der mich sehr gefreut hat.

Abschließend möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Ihnen eine besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachten im Kreise Ihrer Familie und einen guten Rutsch ins Jahr 2016 zu wünschen. Ich freue mich auf jede persönliche Begegnung im neuen Jahr!

Ihr



Wenn man Ausschreibungen will, um Kosten zu senken, darf man nicht gleichzeitig schlechtere Projekte künstlich fördern.

Für viele Stadtwerke ist das Thema Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) für ihre Nah- und Fernwärmenetze wichtig. Diese hoch effiziente Form der Strom- und Wärmeproduktion ist wegen gesunkener Strompreise unter Druck geraten. Mit dem in der vergangenen Sitzungswoche beschlossenen neuen KWK-Gesetz reagieren wir auf diese Situation und sichern, dass der Ausbau auch in Zukunft stattfinden kann.

Für 2016 steht auch ein neues „Strommarkt-Design“ auf der Tagesordnung: Im Ergebnis geht es um ein besseres Zusammenspiel zwischen konventioneller und erneuerbarer Energieerzeugung. Mein Ziel ist es dabei, die erneuerbaren Energien besser darauf vorzubereiten, dass sie in Zukunft die Grundlast der Energieversorgung tragen sollen.

Also: Viel zu tun für gute, sichere und bezahlbare Energieversorgung!

Ein Tag zur Information über die Situation der Asylbewerber

Die Flüchtlingskrise hat auch meinen Terminkalender in den vergangenen Monaten stark bestimmt. Im August besuchte ich die Landesaufnahmeeinrichtung in Seeth. Im Oktober verbrachte ich fast einen ganzen Tag in Albersdorf mit Flüchtlingen und ehrenamtlichen Helfern.

So besuchte ich am Vormittag einen Sprachkurs für Asylbewerber. Der Kurs wird von drei pensionierten Lehrerinnen einmal pro Woche für vier Stunden angeboten und läuft seit über einem Jahr. Die Deutschkenntnisse der Asylbewerber sind schon beachtlich.

Die nächste Station war die Landesunterkunft im Ditmarsenpark. Hier unterstützte ich einige ehrenamtliche Helfer bei der Sortierung von Kleidungsstücken, die von zahlreichen Spendern täglich in der Kleiderkammer abgegeben werden. Die Kleidung ist zum größten Teil sehr gut erhalten und wird von den neu angekommenen Flüchtlingen dringend benötigt.

Zur Mittagszeit war ich bei Familie Gbara zu Gast. Die fünfköpfige syrische Familie ist seit August in Deutschland. Die Kinder führten mir ihre Sprachkenntnisse vor. Der Familienvater lebte vor 13 Jahren schon einmal in Deutschland und arbeitete an der Universität in Hamburg. Ich fragte die Familie nach ihrer Perspektive. Ob sie

in Deutschland bleiben, oder nach Syrien zurückkehren wenn dort Frieden herrscht. Der Vater würde gerne in Deutschland bleiben und arbeiten, seine Frau jedoch möchte nach Kriegsende wieder zurück nach Syrien zu ihrer Familie, in ihre Heimat.

Der Tag verschaffte mir viele gute Eindrücke von der Flüchtlingskrise: große Hilfsbereitschaft, aber auch das Bewusstsein, dass ein Zuzug in der jetzigen Größenordnung kein Dauerzustand sein kann.



Ein Tag mit Kindern und Jugendlichen anlässlich des Weltkindertages am 20. November

Auch dieses Jahr habe ich mich am bundesweiten Vorlesetag beteiligt und den Kindern des Ev. Montessori-Kinderhauses Nordlicht in Niebüll zwei Geschichten vorgelesen. Die Einladung zur Vorlesestunde der besonderen Art, ließen sich die Kindern nicht entgehen und verfolgten mit Spannung die von mir vorgelesenen Geschichten, die sie sich zuvor selbst ausgesucht hatten.

Gern beteilige ich mich regelmäßig am Vorlesetag, denn es ist mir ein großes Anliegen, Kindern schon früh den Mehrwert von Büchern zu vermitteln. Gerade in der heute überaus medial geprägten Welt, verlieren Bücher häufig ihren Stellenwert als Medium. Ich bin jedoch überzeugt davon, dass Bücher auch heute neben den neuen Medien noch immer Faszination ausüben kön-

nen, wenn man Kinder schon in jungen Jahren daran heranzuführt. Darüber hinaus ist es unheimlich lohnenswert investierte Zeit Kindern vorzulesen, denn was gibt es Schöneres, als leuchtende Kinderaugen.



Dass es sehr vielen Kindern auch wesentlich schlechter geht als hier bei uns, war Thema bei meinem Besuch einer 10. Klasse des Friedrich-Paulsen-Gymnasiums in Niebüll.



dass es Länder auf dieser Welt gibt, in denen man Gefahr läuft, erschossen zu werden, wenn man lediglich versucht, die Schule zu besuchen. Sie war im Schulbus von Islamistischen Terroristen angeschossen und schwer verletzt worden.

Ich selbst war sehr angetan davon, wie intensiv die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Friedrich-Paulsen-Gymnasiums in Niebüll mit den Kinderrechten befasst haben. Sie selbst waren überrascht, dass diese nicht Gegenstand des regulären Lehrplans sind, und überzeugt davon, dass es sich dabei um eine Thematik handelt, die unbedingt in den Lehrplan mit aufgenommen werden sollte.

Diese Ansicht teile ich nur zu gern, denn die Umsetzung der Rechte der UN-Kinderrechtskonvention braucht vor allem die Aufklärung und Kenntnisse der Kinder ihrer eigenen Rechte!

Dort haben sich die Schüler mit der UN-Kinderrechtskonvention befasst. Deren Umsetzung in Deutschland, aber auch weltweit, haben wir gemeinsam diskutiert. Selbstverständlich hatten die Schüler auch viele Fragen an mich und meiner Auffassung zu den Kinderrechten. Auch in Deutschland gibt es noch einiges zu tun:

Bedenkt man die Berichte über verhungerte, zu Tode geprügelte oder direkt nach der Entbindung getötete Kinder, so zeigt dies Handlungsbedarf, insbesondere überforderte Eltern besser zu unterstützen.

Aber in anderen Ländern geht es noch um ganz andere Probleme: Da laufen Kinder Gefahr, für Rechte, die unsere Schüler stöhnen lassen, wie der regelmäßige Unterrichtsbesuch, getötet zu werden. In diesem Zusammenhang habe ich den Schülern die Geschichte der im Jahre 2014 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Malala Yousufzai aufgezeigt. Dieses 17 jährige, pakistanische Mädchen hat uns allen bewusst gemacht,



Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de